

Niederschrift
über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Tag: 01.07.2015

Ort: Schwanseestraße 17, Cafeteria

Beginn: 17:30 Uhr

Ende: 20:10 Uhr

Anwesend:

Fraktion CDU
Günzler, Heidrun ,
Harke, Corina ,

Fraktion DIE LINKE.
Körper, Jana ,

Fraktion SPD
Klemm, Virginie ,
Stadelmann, Bernhard ,

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
stimmberechtigte Mitglieder
Höfer, Rebekka ,
Bolle, Ines ,
Engelhardt, Stefan ,
Faßnacht, Joachim ,
Schumann, Ralf ,
Vent, Maria ,

Vertreter
Kießling, Gabriele ,Vertretung für Frau
Yvonne Unger

Abwesend:

Fraktion DIE LINKE.
stimmberechtigte Mitglieder
Fuchs, Sarah Carolina ,Entschuldigt
Albrecht, Frank ,
Unger, Yvonne ,
Vogel, Anita ,

Tagesordnung:

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift vom 03.06.2015
- 3 DS 132/2015 - Beratung und Beschlussfassung zum Bedarfsplan für Kindertageseinrichtungen und Tagespflege 2015-2017
- 4 Beratung und Beschlussfassung zur Haushaltsanmeldung 2016/2017
- 5 Beratung und Beschlussfassung zur Weiterführung der schulbezogenen Jugendsozialarbeit in Weimar
- 6 Beratung und Beschlussfassung zur Mittelvergabe im Rahmen der kleinen Förderrichtlinie 2015
- 7 DS 107/2015 - Beratung und Beschlussfassung zur Kommunalen Präventionskette (Integriertes kommunales Handeln zur Förderung der sozialen Integration und zur Armutsbekämpfung)
- 8 Arbeitsstand zur Umsetzung des bbvl- Gutachtens
- 9 Informationen
- 10 Sonstiges

zu TOP 1 Bestätigung der Tagesordnung

Frau Harke verweist auf die Drucksache 373 o. Sie, Herr Kleine und Herr Faßnacht wollten dem Ausschuss freistellen, ob er sich damit befasst.

Die Jugendhilfeausschussvorsitzende lässt abstimmen:

	Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die Drucksache 373 o zu behandeln.		
<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Ja-Stimmen	Enthaltungen	Nein-Stimmen
	12	0	0

Frau Harke fragt nach weiteren Anmerkungen, Hinweisen und Änderungswünschen zur Tagesordnung.

Die Jugendhilfeausschussvorsitzende lässt abstimmen:

	Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Tagesordnung in der geänderten Form.		
<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Ja-Stimmen	Enthaltungen	Nein-Stimmen
	12	0	0

zu TOP 2 Bestätigung der Niederschrift vom 03.06.2015

Frau Harke fragt nach Anmerkungen, Hinweisen und Änderungswünschen zur Niederschrift vom 03.06.2015.

Die Jugendhilfeausschussvorsitzende lässt abstimmen:

<u>Beschluss:</u>	Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Niederschrift vom 03.06.2015.		
<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Ja-Stimmen	Enthaltungen	Nein-Stimmen
	12	0	0

zu TOP 3 DS 373o/2014 - Änderungen zum Haushalt 2015

Herr Kleine informiert darüber, dass die Drucksache 373 o zwei Änderungen enthält, die den Jugendhilfebereich betreffen. Im Bereich Hilfen zur Erziehung (HzE) werden alle Fälle in eine Datei eingepflegt und hochgerechnet. Diese Hochrechnung geht davon aus, dass in diesem Jahr ca. 200.000 Euro mehr benötigt werden als vorgesehen. Diese Lücke soll geschlossen werden, auch wenn man nicht mit letzter Gewissheit sagen kann, wie sich der Gesamtbereich entwickeln wird. Die Deckung soll aus dem Bereich Kita kommen. Dort gab es in der Vergangenheit nach der Verwendungsnachweisprüfung Rückzahlungen durch die Träger. Wie sich die Tarifabschlüsse aktuell auswirken werden, kann derzeit noch nicht eingeschätzt werden. Unter dem Strich wird wieder eine Rückzahlung erwartet. Damit hat man die Möglichkeit, die Aufwüchse haushaltsneutral abzufedern.

Herr Kleine führt weiter aus, dass der Vermögenshaushalt durch das Amt 26.00 bearbeitet wird. Hier ist er nur bedingt aussagefähig. Sanierungen in einigen Kitas mussten verschoben werden bzw. konnten noch nicht beendet werden. Daher verschiebt sich der Zeitraum der Maßnahmen. Aus diesem Grund soll der Jugendhilfeausschuss sein Votum abgeben.

Herr Stadelmann fragt, ob die Verschiebung der Maßnahmen auf die Firmen oder die Verwaltung zurückzuführen ist und ob dadurch Fördergelder verloren gehen.

Frau Vogel antwortet, dass die Planung der Haushaltsmittel für die Sanierung in Jahres-
scheiben aus bautechnischer Sicht notwendig ist.

Herr Kleine ergänzt, dass keine Fördermittel verloren gehen.

Die Jugendhilfeausschussvorsitzende lässt abstimmen:

<u>Beschluss:</u>	Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Stadtrat, die Drucksache 373 o zu beschließen.		
<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Ja-Stimmen	Enthaltungen	Nein-Stimmen
	9	3	0

zu TOP 4 DS 132/2015 - Beratung und Beschlussfassung zum Bedarfsplan für Kindertageseinrichtungen und Tagespflege 2015-2017

Herr Ermisch stellt die Eckpunkte des Bedarfsplanes für Kindertageseinrichtungen und Ta-
gespflege 2015 -2017 vor (siehe Anlage).

Frau Hollnack und Frau Klemm verweisen auf die Bauvorhaben und die Prognosen und fra-
gen, wie verfahren werden soll, wenn sich die Bauvorhaben nicht realisieren lassen.

Herr Kleine verweist darauf, dass es sich dabei um das Kita-Jahr 2016/2017 handelt und
man die Umsetzung abwarten muss, um gegebenenfalls zu reagieren.

Frau Höfer erläutert, dass Planung und Prognosen in der Vergangenheit nah beieinander
lagen. Man könnte auch fragen, wie man in dem Falle verfährt, wenn Plätze nicht belegt
werden können.

Frau Harke führt aus, dass der Jugendhilfeausschuss monatlich tagt und sich im Fall auftre-
tender Probleme damit beschäftigen wird.

Frau Höfer ergänzt, dass im Falle knapper Plätze in den Einrichtungen, die Tagespflege ver-
stärkt nachgefragt wird.

Herr Kleine hebt den Vorteil hervor, wenn Bauvorhaben durch die freien Träger realisiert
werden. Als Beispiel führt er die AWO an.

Frau Harke macht darauf aufmerksam, dass die Träger mit ihren Bauvorhaben ein starkes
Signal gesendet haben. Das Vorhaben der AWO soll durch die Verwaltung in der Sommer-
pause geprüft werden.

Herr Engelhardt fragt, ob der Waldorfkindergarten seine Kapazität senken wird.

Herr Ermisch antwortet, dass die Plätze dieser Einrichtung im Kindergartenjahr 2016/2017
als optionale Plätze vorhanden sind.

Herr Engelhardt fragt nach dem Sachstand der betriebsnahen Kita.

Frau Vogel antwortet, dass die Interessengemeinschaft die Suche nach einem Investor noch
nicht abgeschlossen hat. Ist dieser gefunden, wird die Trägerswahl erfolgen.

Frau Harke ergänzt, dass die Interessengemeinschaft in der Wirklichkeit angekommen ist.

Frau Harke berichtet aus dem Unterausschuss Kindertageseinrichtungen und Tagespflege.

Dort wurde über die Maßnahmeplanung im Bereich der Tagespflege diskutiert. Es wurde
empfohlen, die Verwaltung zu beauftragen, vor der Zulassung einer neuen Tagesmutter, den
Ausschuss zu informieren. Mit dieser Ergänzung soll der Bedarfsplan beschlossen werden.

Frau Harke ergänzt weiter, dass der Bedarfsplan dem Jugendhilfeausschuss einstimmig zur
Beschlussfassung empfohlen wurde.

Die Jugendhilfeausschussvorsitzende lässt abstimmen:

<u>Beschluss:</u>	Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Stadtrat, den Bedarfsplan für Kindertageseinrichtungen und Tagespflege 2015 -2017 zu beschließen. Die Verwaltung wird beauftragt, vor der Zulassung einer neuen Tagesmutter, den Ausschuss zu informieren.		
<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Ja-Stimmen	Enthaltungen	Nein-Stimmen
	12	0	0

zu TOP 5 **Beratung und Beschlussfassung zur Haushaltsanmeldung 2016/2017**

Herr Kleine erläutert, dass in der Sitzung nur der Verwaltungshaushalt behandelt werden kann, da die Zuarbeit vom Amt 26.00 zum Vermögenshaushalt nicht vorliegt. Er schlägt vor, den Vermögenshaushalt in der Septembersitzung des Jugendhilfeausschusses einzubringen. Er entschuldigt sich für die Verwaltung.

Herr Kleine informiert, dass der Haushalt einen Aufwuchs von 2 Mill. Euro umfasst. Er verweist auf fünf Veränderungen.

Seite 1 (pro familia)

Im Volumen des Jugendförderplanes gibt es keine Veränderung. 8.000 Euro wurden zusätzlich für 2017 eingestellt, hier wurde ein 2%iger Aufwuchs in den Personalkosten einkalkuliert.

Seite 2

Im Deckungsring Jugendprojekte wurde ebenfalls ein 2%iger Aufwuchs in den Personalkosten einkalkuliert.

Auf der gleichen Seite gab es eine Veränderung bei den Familienhebammen. Die Sachkosten wurden im Gesundheitsamt eingestellt.

Weiter unten wurde die Einnahme in den Heimkosten von 60.000 Euro auf 50.000 Euro gesenkt.

Seite 3

Auch beim Jugendförderverein wurde ein 2%iger Aufwuchs in den Personalkosten berücksichtigt.

Seite 4

Die Einnahmeposition 46400 17800 wurde verändert. Durch die Verwendungsnachweisprüfung kam immer Geld von den Trägern zurück. Im Ansatz 2015 wird nicht davon ausgegangen, dass es nennenswerte Rückflüsse geben wird.

Seite 6

Hier befindet sich eine Zusammenfassung des Deckungsrings Kita. Insgesamt sind 19 Mill. Euro eingeplant, das beitragsfreie Kita-Jahr ist enthalten. Die Stadt rechnet mit steigenden Kinderzahlen und einer Tarifsteigerung von 5 %. Für 2017 wird noch einmal mit einer Steigerung von 2 % gerechnet. Die Stadt geht davon aus, dass das beitragsfreie Kita-Jahr ab 2017 vom Land übernommen wird, deshalb ist es in der Planung 2017 nicht mehr enthalten.

Herr Kleine verweist abschließend darauf, dass im Bereich HzE mit einer jährlichen Steigerung von 120.000 bis 150.000 Euro gerechnet wird. Der Hauptausgabenschwerpunkt wird der Kita-Bereich sein.

Frau Höfer verlässt die Sitzung, es sind 11 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Herr Stadelmann möchte wissen, wie damit umgegangen wird, wenn das Land die Finanzierung des beitragsfreien Kita-Jahres nicht übernimmt. Er schlägt vor, das beitragsfreie Kita-Jahr in die Planung 2017 aufzunehmen.

Herr Kleine verweist auf die Kosten in diesem Bereich.

Frau Hollnack lobt den realistischen Haushaltsansatz.

Herr Faßnacht möchte wissen, ob die Träger, die eine institutionelle Förderung erhalten, abgefragt wurden. Die Haushaltsanträge der Träger wurden in der Vergangenheit bei der Mitteleinreichung berücksichtigt und waren Grundlage der Haushaltsanmeldung.

Frau Wiesner antwortet, dass die Träger abgefragt wurden.
 Herr Schumann bestätigt, dass die Träger abgefragt wurden, die Ergebnisse der Abfrage sind jedoch nicht in der Liste enthalten.
 Herr Kleine erklärt, dass das vorliegende Papier der Vorschlag der Verwaltung ist.
 Herr Engelhardt verweist auf den 15.08. als Antragsabgabetermin.
 Herr Kleine erklärt, dass keine Anträge vorliegen.
 Frau Harke macht auf die Schwierigkeit aufmerksam, wenn die Haushaltsanmeldung vor dem Antragschluss liegt. Es besteht die Möglichkeit nicht zu beschließen, man kann den Verwaltungsvorschlag beschließen, man kann auch einen Beschluss fassen und einen Puffer einbauen.
 Herr Faßnacht erläutert, dass es um einen vergleichsweise geringen Betrag geht. Es muss aber gewährleistet werden, die Träger passgenau einzubeziehen.

Frau Harke fragt nach Änderungsanträgen.

Herr Stadelmann stellt den Antrag, das beitragsfreie Kita-Jahr 2017 wieder einzustellen.

Die Jugendhilfeausschussvorsitzende lässt abstimmen:

<u>Beschluss:</u>	Der Jugendhilfeausschuss beschließt, das beitragsfreie Kita-Jahr in die Haushaltsplanung 2017 einzustellen.		
<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Ja-Stimmen	Enthaltungen	Nein-Stimmen
	3	8	0

Frau Höfer nimmt an der Sitzung teil, es sind 12 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Herr Hofmann stellt den Antrag, einen finanziellen Puffer in die Haushaltsanmeldung aufzunehmen.

Frau Harke schlägt vor, einen Puffer von 15.000 Euro im Deckungsring 7001 einzurichten. Die Summe ist lediglich für die drei Träger zu verwenden.

Die Jugendhilfeausschussvorsitzende lässt abstimmen:

<u>Beschluss:</u>	Der Jugendhilfeausschuss beschließt einen finanziellen Puffer im Deckungsring 7001 in Höhe von 15.000 Euro.		
<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Ja-Stimmen	Enthaltungen	Nein-Stimmen
	10	2	0

Frau Harke lässt die Haushaltsanmeldung des Jugendhilfeausschusses abstimmen.

Die Jugendhilfeausschussvorsitzende lässt abstimmen:

<u>Beschluss:</u>	Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Haushaltsanmeldung für die Jahre 2016 und 2017 mit den aufgeführten Veränderungen.		
<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Ja-Stimmen	Enthaltungen	Nein-Stimmen
	11	1	0

zu TOP 6 Beratung und Beschlussfassung zur Weiterführung der schulbezogenen Jugendsozialarbeit in Weimar

Herr Keune erläutert den Vorschlag zur Weiterführung der schulbezogenen Jugendsozialarbeit in Weimar (siehe Anlage). Er kündigt an, im September eine Auswertung der bisher geleisteten Arbeit vorzustellen. Die Richtlinie zur schulbezogenen Jugendsozialarbeit wird voll-

ständig umgesetzt, es liegen spezielle Feinkonzeptionen vor. Die Arbeit der Schulsozialarbeiter ist an den Schulen nicht mehr wegzudenken. Es geht jetzt darum, Kontinuität zu gewährleisten.

Herr Engelhardt berichtet aus dem Unterausschuss Jugendförderung, wo die Beschlussempfehlung einstimmig gefasst wurde. Er kündigt an, dass sich der Unterausschuss im September weiter mit dem Thema befassen wird. Herr Keune wird dann auch eine Auswertung vornehmen.

Frau Höfer führt aus, dass schulbezogene Jugendsozialarbeit sehr wichtig ist. Sie verweist darauf, dass sie schon mehrfach darüber informiert werden wollte, wie die Verteilung der Stellen vorgenommen wurde. Die Verteilung kann von ihr nicht nachvollzogen werden.

Frau Hollnack umreißt kurz das Verteilungsverfahren. Sie plädiert dafür, Kontinuität beizubehalten und fragt, ob es über den derzeitigen Bestand hinaus Bedarfe gibt.

Herr Keune antwortet, dass manche Schulen gern in den Stunden aufstocken würden, darüber hinaus meldet die Gemeinschaftsschule Bedarf an.

Herr Brommont führt aus, dass in den letzten Jahren viel im Bereich der Schulsozialarbeit passiert ist. Es gab eine Bedarfserhebung durch zwei Schulsozialarbeiterinnen. Seitens der Schulen gab es gegenüber der Schulsozialarbeit Vorbehalte. Das hat sich inzwischen völlig geändert. Herr Brommont verweist auf ein Förderprogramm, das es u. a. dem HBZ ermöglicht Schulsozialarbeit weiter fortzuführen, da diese Arbeit nicht mehr durch den Jugendförderplan sichergestellt werden kann. An Frau Höfer gewandt wiederholt Herr Brommont sein Angebot, das seinerzeit durchgeführte Auswahlverfahren zu erläutern.

Frau Hollnack fragt, ob es eine Ausschussmeinung zum Bedarf an Schulsozialarbeit in der Gemeinschaftsschule gibt.

Herr Engelhardt plädiert dafür, die Sachberichtserstattung von Herrn Keune abzuwarten.

Frau Hollnack möchte wissen, ob die Verwaltung an der Bedarfsfeststellung in der Gemeinschaftsschule arbeitet.

Herr Keune antwortet, dass das derzeit nicht der Fall ist.

Herr Faßnacht möchte wissen, ob es Zeichen gibt, dass die Schulsozialarbeit durch das Land aufgestockt wird.

Herr Keune antwortet, dass es keine konkreten Hinweise in diese Richtung gibt.

Herr Ludwig erläutert, dass es für ihn völlig nachvollziehbar ist, dass die Gemeinschaftsschule einen Bedarf anmeldet. Es wird jedoch keine Schule geben, die an einer Umverteilung der Anteile interessiert ist. Es wäre schön, wenn dieser Bedarf zusätzlich gedeckt werden könnte.

Frau Höfer möchte die Verteilung überprüfen. Sie erklärt, dass sich mehrere Personen diesbezüglich an sie gewandt haben.

Frau Harke macht darauf aufmerksam, dass die schulbezogene Jugendsozialarbeit seit 1,5 Jahren läuft. Sie skizziert kurz die Auswahl der Schulen, die auch unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Fischer-Studie zustande kam. Sie erläutert darüber hinaus, die beschlossene Veränderung gegenüber dem damaligen Verwaltungsvorschlag. Sie schlägt vor, dass die Verwaltung damit beauftragt wird, eine Evaluierung durchzuführen. Sie spricht sich für eine Fortführung der schulbezogenen Jugendsozialarbeit aus.

Herr Keune führt aus, dass es schulbezogene Jugendsozialarbeit zum ersten Mal über ein gesamtes Schuljahr gibt.

Frau Klemm macht deutlich, dass aus ihrer Sicht mehr Schulsozialarbeit nötig ist und das im Unterausschuss thematisiert wurde.

Frau Harke verweist darauf, dass die Schulsozialarbeit seit 1,5 Jahren läuft. Sie macht auf Schwierigkeiten aufmerksam, die eine Umverteilung zur Folge hätte. Sie spricht sich dafür aus, die Verwaltung mit einer Evaluierung der bisherigen Arbeit zu beauftragen.

Frau Klemm stimmt Frau Harke zu und verweist auf die Kürze der bisherigen Laufzeit.

Herr Engelhardt macht deutlich, dass mit dem Haushalt die 377.000 Euro für die Schulsozialarbeit beschlossen wurden. Er zitiert Herrn Fleischer aus dem Unterausschuss, der die Meinung vertreten hat, dass es sich dabei um eine Landesaufgabe handelt.

Herr Keune betont noch einmal die Qualität der geleisteten Arbeit.

19.00 Uhr, Frau Bolle verlässt die Sitzung, es sind noch 11 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Herr Brommont berichtet aus seiner Erfahrung, als er die Schulsozialarbeit in der Anfangsphase begleitete. 2011 und 2013 wurde eine Bestandserhebung durchgeführt, die Einstiegsphase war durchaus kompliziert, von drei Schulen kam seinerzeit ein grundsätzliches „nein“ zur Schulsozialarbeit. Heute ist die Akzeptanz deutlich höher. Ganz sicher sind nicht die falschen Schulen ausgewählt worden. Wichtig ist eine Kontinuität der Arbeit.

Die Jugendhilfeausschussvorsitzende lässt abstimmen:

<u>Beschluss:</u>	Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Fortführung der folgenden Maßnahmen der schulbezogenen Jugendsozialarbeit für den Zeitraum 1. August bis 31. Dezember 2015 (Voraussetzung für die Förderung ist die Bewilligung der vom Freistaat in Aussicht gestellten Mittel):																															
	<p>In Trägerschaft des Förderkreis JUL gGmbH:</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 80%;">Regelschule Musäus West</td> <td style="width: 10%; text-align: right;">1,0</td> <td style="width: 10%;">VbE</td> </tr> <tr> <td>Regelschule Schöndorf</td> <td style="text-align: right;">0,5</td> <td>VbE</td> </tr> <tr> <td>Regelschule Pestalozzi</td> <td style="text-align: right;">1,0</td> <td>VbE</td> </tr> <tr> <td>Regelschule Parkschule</td> <td style="text-align: right;">1,0</td> <td>VbE</td> </tr> <tr> <td>Gymnasium Friedrich Schiller</td> <td style="text-align: right;">0,5</td> <td>VbE</td> </tr> <tr> <td>Humboldt Gymnasium</td> <td style="text-align: right;">0,5</td> <td>VbE</td> </tr> </table> <p>In Trägerschaft der AWO Kreisverband Jena-Weimar e.V.</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 80%;">Grundschule Johannes Falk</td> <td style="width: 10%; text-align: right;">0,5</td> <td style="width: 10%;">VbE</td> </tr> <tr> <td>Grundschule Albert Schweitzer</td> <td style="text-align: right;">1,0</td> <td>VbE</td> </tr> <tr> <td>Grundschule Schöndorf</td> <td style="text-align: right;">0,5</td> <td>VbE</td> </tr> <tr> <td>Grundschule Lucas Cranach</td> <td style="text-align: right;">0,5</td> <td>VbE</td> </tr> </table> <p>Die fachliche Begleitung und Koordination soll mit 0,5 VbE in städtischer Trägerschaft erfolgen.</p>			Regelschule Musäus West	1,0	VbE	Regelschule Schöndorf	0,5	VbE	Regelschule Pestalozzi	1,0	VbE	Regelschule Parkschule	1,0	VbE	Gymnasium Friedrich Schiller	0,5	VbE	Humboldt Gymnasium	0,5	VbE	Grundschule Johannes Falk	0,5	VbE	Grundschule Albert Schweitzer	1,0	VbE	Grundschule Schöndorf	0,5	VbE	Grundschule Lucas Cranach	0,5
Regelschule Musäus West	1,0	VbE																														
Regelschule Schöndorf	0,5	VbE																														
Regelschule Pestalozzi	1,0	VbE																														
Regelschule Parkschule	1,0	VbE																														
Gymnasium Friedrich Schiller	0,5	VbE																														
Humboldt Gymnasium	0,5	VbE																														
Grundschule Johannes Falk	0,5	VbE																														
Grundschule Albert Schweitzer	1,0	VbE																														
Grundschule Schöndorf	0,5	VbE																														
Grundschule Lucas Cranach	0,5	VbE																														
<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Ja-Stimmen	Enthaltungen	Nein-Stimmen																													
	11	0	0																													

zu TOP 7 Beratung und Beschlussfassung zur Mittelvergabe im Rahmen der kleinen Förderrichtlinie 2015

Frau Imhof erläutert den Beschlussvorschlag und die darin enthaltene Budgetierung für Maßnahmen und Projekte, die nicht in Höhe der Antragssumme bedient werden konnten. Herr Engelhardt fasst die Diskussion aus dem Unterausschuss Jugendförderung zusammen. Er erläutert den Arbeitsauftrag an die Verwaltung. Gelder für Projekte, die nicht stattfanden, sollten auf die Positionen aufgeteilt werden, die nicht vollumfänglich bedient werden konnten.

Die Jugendhilfeausschussvorsitzende lässt abstimmen:

Beschluss:	Der Jugendhilfeausschuss beschließt nachfolgende Mittelverteilung:			
	Nr.	Antragsteller	beantragter Zuschuss	Vorschlag
	1	Aktionskreis Globales Lernen e.V.	1.933,00 €	1.694,60 €
	2	Initiative "Buchkinder Weimar"	2.880,00 €	1.694,60 €
	3	Ev. Jugend Weimar	1.750,00 €	1.694,60 €
	4	Initiativgruppe "Circus Gaudimus"	1.365,00 €	1.365,00 €
	5	Förderverein Schule der Phantasie e.V.	1.924,00 €	1.694,60 €
	6	Weimarer Mal- und Zeichenschule e.V.	360,00 €	360,00 €
	7	Deutsche Pfadfinderschaft St. Georg	684,50 €	684,50 €
	8	IG "Ein Kunstfest für Kinder"	2.400,00 €	1.694,60 €
	9	Stadtsportbund Weimar e.V. Sportjugend Weimar	864,00 €	864,00 €
	10	Tauchsportclub Weimar e.V.	270,00 €	270,00 €
	11	DLRG Weimar e.V.	427,50 €	427,50 €
	12	Weimarer Boxverein e.V.	567,00 €	567,00 €
	13	HSV Weimar e.V.	1.602,00 €	1.602,00 €
14	Süßenborner Dorfverein e.V.	1.500,00 €	1.500,00 €	
	Gesamt	18.527,00 €	16.113,00 €	
Abstimmungsergebnis:	Ja-Stimmen	Enthaltungen	Nein-Stimmen	
	11	0	0	

zu TOP 8 DS 107/2015 - Beratung und Beschlussfassung zur Kommunalen Präventionskette (Integriertes kommunales Handeln zur Förderung der sozialen Integration und zur Armutsbekämpfung)

Herr Kleine erläutert das Ziel der Präventionskette. Ziel ist es, die Zusammenarbeit zwischen den Ämtern zu verbessern. Oft werden nur Hilfen ausgereicht, es kommt jedoch darauf an, die Prävention zu stärken. Der ESF und der Freistaat unterstützen das Vorhaben und stellen Fördermittel bereit. In Weimar soll damit begonnen werden, eine Präventionskette aufzubauen. Das Vorhaben soll durch einen Projektleiter koordiniert werden. Herr Kleine favorisiert dafür Herrn Kolling, der über ausreichende Erfahrung und Kontakte verfügt. Vom Land werden Personal- und Sachkosten gefördert. Der Projektstart wurde auf den 01.09.2015 verschoben, das Land ist momentan dabei die Richtlinie zu korrigieren. Herr Kleine verweist auf Erfahrungen der Stadt Dormagen. Derzeit hat das Gesundheitsamt in Weimar damit begonnen, Willkommensbesuche durchzuführen, was auf positive Resonanz stößt.

19.20 Uhr, Frau Günzler verlässt die Sitzung, es sind 10 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Die Jugendhilfeausschussvorsitzende lässt abstimmen:

Beschluss:	Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Stadtrat, der Drucksacht 107/2015 zuzustimmen.		
Abstimmungsergebnis:	Ja-Stimmen	Enthaltungen	Nein-Stimmen
	9	1	0

zu TOP 9 **Arbeitsstand zur Umsetzung des bbvl- Gutachtens**

Frau Christ-Eisenwinder stellt die Arbeit der Steuerungsgruppe sowie der Facharbeitsgruppen 1 – 3 vor (siehe Anlage).

Herr Hottenrott fragt, wer die Gutachter ausgesucht hat.

Herr Kleine antwortet, dass es ein Interessenbekundungsverfahren gab. Ausschlaggebend war das Preis-Leistungs-Verhältnis. Es lagen drei Angebote vor. Gezielt wurde ein Träger ausgesucht, der Reverenzen im Bereich Soziales aufweisen konnte. Die bbvl ist eine 100%ige Tochter der Stadt Leipzig. Ausschlaggebend waren deren Reverenzen.

Herr Hottenrott merkt an, dass es einen Beigeschmack hat, wenn Vorschläge untauglich sind.

Herr Kleine erwidert, dass es 120 Vorschläge gab an denen gearbeitet wird. Die Tragweite von Vorschlägen wie die Neuausschreibung der Erziehungsberatungsstelle, war den Gutachtern nicht bewusst.

Frau Christ-Eisenwinder ergänzt, dass die Gutachter einen Ausschnitt gewonnen haben und den ins Gutachten transferiert haben. Sie erläutert das am Beispiel der ASD-Öffnungszeiten.

Frau Höfer fragt, wie es weiter geht, wenn die Controllerstelle nicht weiter besetzt wird.

Herr Thauer räumt ein, dass es da zunächst eine Lücke geben wird, die Stelle soll wieder ausgeschrieben werden.

Herr Kleine verweist auf die erarbeiteten Kennzahlen und die geleistete Arbeit. Daran kann angeknüpft werden.

Frau Darge begrüßt die Einleitung eines Qualitätsentwicklungsprozesses. Sie fragt, wie man mit der bbvl verfahren kann, wenn diese Vorschläge unterbreitet, die nicht gesetzeskonform sind.

Herr Kleine antwortet, dass die Stadt kein Gefälligkeitsgutachten wollte. Ein schonungsloses Gutachten wurde erwartet, der Blick von außen tut gut.

Herr Faßnacht verweist auf den Prozess, der durch das Gutachten ausgelöst wurde. Er fragt, wie mit den Empfehlungen verfahren wird und wie die freien Träger einbezogen werden. Er verweist auf die Stellungnahme der AG 78 (siehe Anlage) und bekräftigt die Auffassung, dass über das weitere Verfahren auch mit den freien Trägern gesprochen werden muss.

Herr Kleine stellt die Beteiligung der freien Träger nicht in Frage. Die Dinge, die in den Jugendhilfeausschuss gehören, sollen dort auch besprochen werden. Über das Verfahren muss man sich verständigen. Die Verwaltung wird keine Alleingänge durchführen. Ängste sind diesbezüglich unbegründet. Als Beispiele führt er die Kita-Förderrichtlinie und die Präventionskette an.

Frau Harke führt aus, dass die zu behandelnden Themen koordiniert werden müssen. Sie sieht keinen Grund, das Verfahren zu ändern.

Frau Hollnack verweist auf den Unterausschuss HzE und beklagt, dass es aus dem Ausschuss kein feedback gibt.

19.45 Uhr, Frau Vent verlässt die Sitzung, es sind 9 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Frau Harke räumt ein, dass man sich an dieser Stelle koordinieren muss, hat aber momentan keinen Vorschlag.

Herr Schumann fragt, wie mit Trägern umgegangen wird, die im Gutachten genannt wurden.

Frau Harke wiederholt, dass es eine Koordination braucht und schlägt einen Klausurtermin vor.

Herr Kleine betont, dass ein abgestimmtes Verfahren nötig ist. Es sollen alle Fragen beantwortet werden.

Frau Christ-Eisenwinder verweist noch einmal auf das von ihr vorgestellte Material (siehe Anhang). Sie erläutert das weitere Vorgehen.

19.50 Uhr, Frau Höfer verlässt die Sitzung, es sind 8 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Herr Schumann fragt, warum die Vorschläge aus dem Gutachten nicht schneller umgesetzt werden. Er fordert ein Statement im Sinne der Jugendhilfe.

Frau Harke führt aus, dass sie sich dafür eingesetzt hat, dass es keinen Sonderausschuss gibt, der sich ausschließlich mit dem Gutachten beschäftigt. Sie hat in allen Fraktionen und Ausschüssen dafür geworben, Vertrauen in den Jugendhilfeausschuss zu setzen. Es ist nicht so, dass die Träger über ihre eigenen Belange diskutieren und abstimmen. Sie bedauert, dass im Jugendhilfeausschuss zu wenige Stadträte sitzen. Sie fordert alle auf, sich zu Wort zu melden, wenn jemand das Gefühl hat, dass bei der Beschäftigung mit dem Gutachten etwas aus dem Ruder läuft.

zu TOP 10 Informationen

Herr Engelhardt kündigt für den 23.09.2015 eine Sitzung des Unterausschusses Jugendförderung an.

Frau Harke schlägt Frau Braune als Mitglied im Unterausschuss Hilfen zur Erziehung vor.

Die Jugendhilfeausschussvorsitzende lässt abstimmen:

<u>Beschluss:</u>	Der Jugendhilfeausschuss beschließt, Frau Braune in den Unterausschuss Hilfen zur Erziehung zu entsenden.		
<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Ja-Stimmen	Enthaltungen	Nein-Stimmen
	8	0	0

zu TOP 11 Sonstiges

Keine Wortbeiträge

gez. Ralf Ermisch
Protokoll